

PROLETARISCHE RUNDSCHAU

Nr. 31

Webausgabe

... Die Propaganda der kommunistischen Partei muss der Klärung des Klassenbewusstseins der proletarischen Massen, ihrer Erweckung zum Klassenkampf dienen. Sie muss dementsprechend darauf gerichtet sein, den Prozess der Differenzierung im Proletariat so weit wie möglich zu beschleunigen. Nur dadurch ist zu erreichen, dass einerseits der bewusste und feste Kern des revolutionären Proletariats (die kommunistische Partei) sich quantitativ und qualitativ entwickelt; andererseits, dass die Partei durch den Anschauungsunterricht der revolutionären Handlung, die halb-bewussten Schichten mit sich reißt und sie zum revolutionären Bewusstsein ihrer Lage führt. Die Wahlagitation ist hierfür ein äußerst bedenkliches Mittel. Denn die Abgabe der Stimme ist nicht nur keine Tat, sondern was viel schlimmer ist: eine Scheintat, die Illusion einer Tat; sie wirkt deshalb bewusstseinsfördernd, sondern im Gegenteil das Bewusstsein trübend. Es entsteht ein scheinbar großes Heer, das im Augenblick, wo ein ernstes Standhalten notwendig wird, völlig versagt (Deutsche Sozialdemokratie im August 1914).

Die Sachlage folgt notwendig aus der typisch bürgerlichen Wesensart der parlamentarischen Parteien. Wie die Gesamtorganisation der bürgerlichen Gesellschaft, ist auch der letzte, wenn auch selten bewusste, Zweck der parlamentarisch-bürgerlichen Parteien: die Verdunkelung des Klassenbewusstseins. Als verschwindende Minderheit der Bevölkerung vermag die Bourgeoisie ihre Herrschaft nur dadurch aufrechtzuerhalten, dass sie alle materiell wie ideologisch schwankenden und unklaren Schichten in ihre Gefolgschaft einreihet. Die bürgerlich-parlamentarische Partei ist demzufolge eine Resultante verschiedenster Klasseninteressen (wobei freilich vom Standpunkte des Kapitalismus das scheinbare Kompromiss stets größer ist, als das wirkliche). Dem Proletariat wird aber fast immer, wenn es sich am Wahlkampf beteiligt, diese Parteistruktur aufgezwungen. Das Eigenleben jedes Wahlmechanismus, der notwendig auf einen möglichst großen »Sieg« arbeitet, beeinflusst fast immer die Parolen in der Richtung auf ein Gewinnen der »Mitläufer«. Und selbst, wenn dies nicht oder wenigstens nicht bewusst geworden, so liegt in der ganzen Technik der Wahl eine Anlockung der »Mitläufer«, die die verhängnisvolle Gefahr in sich birgt: Gesinnung und Tat voneinander zu trennen und so eine Neigung zur Bürgerlichkeit, zum Opportunismus zu erwecken. Das Erziehungswerk der kommunistischen Parteien, ihr Einwirken auf die unklaren und schwankenden Gruppen des Proletariats kann nur dann wirklich fruchtbar werden, wenn es durch den Anschauungsunterricht des revolutionären Handelns in ihnen die revolutionäre Überzeugung festigt. Jede Wahlkampagne zeigt – ihrer bürgerlichen Wesensart entsprechend – eine völlig entgegengesetzte Richtung, die nur in den seltensten Fällen wirklich überwunden werden kann ...

Auszug aus Georg Lukács „Zur Frage des Parlamentarismus“

Parlieren oder wirken

Wahlkampf/ Klassenkampf

Ein Ausdruck der allgemeinen politischen Krise des Kapitalismus ist die „Politikverdrossenheit“ der Bevölkerung. Daher ist es ja auch schon zur recht faden Angelegenheit geworden, wenn sich heute noch jemand auf Lenins saloppe Bezeichnung bezieht, der das Parlament vor nicht ganz hundert Jahren als „Schwatzbude“ titulierte hat. **[I]** Zu offensichtlich ist die Tatsache geworden, als dass in der österreichischen Bevölkerung noch jemand Zweifel daran anmeldete. Die Medien berichten tagtäglich von folgenlosen parlamentarischen Debatten und präsentieren dem Publikum anhand von Politiker/innenbefragungen die vollkommene Leere hinter der Parlamentsfassade. Auch die bürgerlichen Ideolog/innen diskutieren nicht nur über eine Entbehrlichkeit des österreichischen Bundespräsident/innenamtes, sondern gestehen hin und wieder ein, dass auch das Parlament recht funktionslos ist, sei es zum Beispiel der keynesianistischen, sozialpartnerschaftlichen Absprachen in der Vergangenheit wegen, sei es aufgrund der heutigen neoliberalen EU-Richtlinien. Die äußerste politische Rechte bezeichnet das Parlament sowieso schon immer als „Kasperltheater“, was der von ihr großgezogene seinerzeitige Minister Grasser gleich zu Amtsantritt zu- und übereinstimmend kundgetan hat. – Das Ziel der Rechten ist es ja auch nicht (ganz im Gegensatz zu ihrer populistischen antikapitalistischen Propaganda) die Herrschaft des Kapitals zu beseitigen, sondern direkt das Finanzkapital mit starker Hand regieren zu lassen.

Dass sich der Parlamentarismus mit dem Volkswillen nicht deckt, darüber besteht in der Bevölkerung kein Zweifel. Die Fassade dieser Feststellung entsteht bloß aus der langen Zeit, die diese Einrichtung gemeinsam mit ihrer Ursache, der bürgerlichen Gesellschaft, in den imperialistischen Metropolenländern in Anspruch nimmt. Der Kapitalismus erscheint dabei wie eine nicht verendende historische Phase. Die mit der Zeit entstehende Gleichgültigkeit der Menschen führt, je länger der Zustand selbst andauert, unweigerlich in die nächste weltumspannende Katastrophe. – Und auch das spüren die Menschen und sind bemüht, um das Schlimmste doch noch zu vermeiden, stets das „kleinere Übel“ zu wählen. Was aber ist das „kleinere Übel“?

Wesentlichen Anteil an der langen Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse hat zweifelsohne die Sozialdemokratie, die sich entschieden von den revolutionären Ambitionen verabschiedet hat und seitdem ihr Machtstreben im bürgerlichen Staat entfaltet. Dabei hat sie die von ihrem großen Anhang in harten Kämpfen gegen alte, feudale Verhältnisse eroberte parlamentarische Demokratie auch zu ihrem Kampfterrain gegen die bürgerliche Gesellschaft erklärt, um endlich festzustellen, dass sie voll assimiliert und integriert den Klassenkampf für obsolet erklären muss, will sie nicht die eigenen Positionen in Gefahr bringen.

Die Kommunistische Partei Österreichs hat ein halbes Jahrhundert später einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Im Kampf um die Demokratisierung der nochfaschistischen staatlichen Institutionen nach 1945 hat sie den radikaleren Weg der Zerschlagung der imperialistischen Aggression durch die sozialistische Revolution aus den Augen verloren. Zwar konnte sie anders als die Sozialdemokratie für sich und ihre Kader direkte Staatspositionen nur kurzfristig sichern, erwarb sich aber durch die Anbiederung an den Chruschtschow-Revisionismus keine schlecht bezahlten und durch wirtschaftliche Beziehungen subventionierte „Diplomatenpositionen“.

Dem „Grünen-Experiment“ mangelte es an revolutionärer Energie von Anfang an. Bis vielleicht auf ein paar an einer Hand abzählbare, übrig gebliebene bzw. postume „APO-Linke“ (APO = Außerparlamentarische Opposition), die beim ersten passiven Urnengang schon ausgeschieden oder in die Schranken verwiesen wurden, hat die Bewegung bis heute nur eine Lifestyle korrigierende, aber keine gesellschaftsverändernde Perspektive.

I. Lenin schrieb 1917:

„Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen u. a.: die eigentlichen ‚Staats‘geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, speziell zu dem Zweck, das ‚niedere Volk‘ hinters Licht zu führen.“

Staat und Revolution, LW 25, S. 436

Jetzt versucht sich eine zersplitterte, österreichische Linke im Verbund zu konstituieren und an den Nationalratswahlen teilzunehmen, um aus der Bewegung heraus die Agitation voranzutreiben. Da sie aber in der Arbeiter/innenschaft, wie man sagt, nicht verankert ist, hat sie de facto keine eigene Basis und erklärt die Masse der Politikverdrossenen zu ihrer politischen „Bewegung“.

Ihre Forderungen richtet sie vor allem an die Gewerkschaften, an den Staat und gegen die politische Rechte. Die Gewerkschaften sollen kämpferischer werden, der Staat wohlthätiger und die Rechte soll die Wählerschaft an die Linke verspielen. Ihre Klient/innen setzen sich sozial wie ihre Protagonist/innen aus „ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, Jugendlichen und PensionistInnen, ‚In-‘ und ‚AusländerInnen‘ aus verschiedenen Bereichen und Bewegungen“ zusammen und – man höre und staune: „aus Frauen und Männern“.

Bei einer solchen umfassenden Vertretungsabsicht wird man dem Wahlbündnis „Linke“ kaum vorwerfen können, nur gesellschaftliche „Randgruppen“ vertreten zu wollen und dennoch unternimmt es keine klassenkämpferischen Anstrengungen. Alleine schon die Ansage einer realpolitisch – noch nicht verbogenen und verlogenen – noch nicht versierten Aktivistin, man wolle im Falle eines Erstarkens der Bewegung die Oberen Zehntausend enteignen, führte in den Reihen der linken Bündnispartner/innen zu heftigem Unmut bis hin zum Rückzug aus dem Wahlbündnis. Diese erste Schlappe des linken Wahlbündnisses gereichte der KPÖ wiederum zum schadenfrohen Triumph, sodass sie sich auf ihrer website aber auch gar nicht schämte, auf Internetartikel von Kritiker/innen des Wahlbündnisses zu verweisen, die sich dezidiert gegen „leninistische“ Politik aussprachen. Aber was sollte sich die KPÖ auch genieren? Was hat sie denn mit ihrer eigenen revolutionären Vergangenheit gemein? – Eben!

Selbstverständlich sind Enteignungsbegehren heute so weit von der Realität entfernt, dass man schon sehr naiv sein muss, sie der Bevölkerung, noch dazu im Wahlkampf, zu unterbreiten. Etliche Alt-68er mögen sich über so viel Naivität belustigen. Es ist aber nur die Ehrlichkeit, derer sie selbst beim „Marsch durch die Institutionen“ (haha!) verlustig gegangen sind, die sie nun spöttisch verlachen. Da muss man dann auf lange Sicht geradezu von Glück sprechen, dass im Gedächtnis der Menschen vom linken Wahlbündnis vielleicht nur dieser eine, dieser „Enteignungs-Sager“, der von den Medien breit getreten worden ist, hängen bleibt.

Der sogenannte Vertrauensverlust des Parlamentarismus in der Bevölkerung hat insgesamt elf österreichische Kleinparteien ermutigt, sich an der Wahl zum Nationalrat beteiligen zu wollen. Fast elf Parteien müssen also erst um Sympathiebezeugungen per Unterschrift betteln gehen, ehe sie die Hürde, an der Nationalratswahl passiv teilnehmen zu dürfen, genommen haben. Anschließend buhlen sie um Wähler/innenstimmen, denn es wartet auf sie die Vier-Prozent-Hürde. Erst wenn sie diese ebenfalls genommen haben, erhalten sie Sitze im Parlament. Freilich sind sie daselbst eine verschwindende Minderheit. Damit unterwerfen sich die

II. Die ganze Passage der Forderung lautet:

„Arbeitslosigkeit, prekäre (unsichere, schlecht bezahlte, miese) Jobs, Teilzeitjobs auf der einen Seite, Überstunden und Stress auf der anderen Seite. Die beginnende Krise der Weltwirtschaft zeigt sich bereits in den Ankündigungen von Personalabbau bei z.B. Siemens, Glanzstoff, Infineon ... Die Angriffe auf den Lebensstandard von unselbstständig Beschäftigten, PensionistInnen und jetzt schon Armen nehmen ebenso zu wie die Schikanen gegen Arbeitslose. Wir wollen nicht für ihre Krise zahlen und müssen daher unsere Lebensgrundlage aktiv verteidigen. Durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn können Jobs geschaffen werden. Wir meinen eine Arbeitszeitverkürzung, die sinnvolle Jobs schafft, niemanden mehr in Leiharbeitsfirmen abschiebt und nicht einfach durch Mehrarbeit mehr Stress für die Beschäftigten bedeutet. Wir haben die Gewinne der Konzerne erarbeitet, warum sollen wir nicht davon profitieren? Wir unterstützen Belegschaften und KollegInnen, die sich gegen Werksschließungen, Personalabbau und Verschlechterungen wehren und fordern die Übernahme solcher Betriebe durch die öffentliche Hand.“

<http://linkewaehlen.at/programm>; 16.08.2008

Kleinparteien einem Paradoxon, einem geradezu spieltheoretischen Experiment: Die Frustration der Wähler/innenschaft, das Wittern von Wahlchancen der Kleinparteien, die diese Chancen vermindern durch Konkurrenz der Wahlwerber/innen selbst und letztendlich ein Ergebnis wie gehabt. Und für diese Schimäre verzichten KPÖ und Wahlbündnis „Linke“ auf radikale politische Inhalte – wenn nicht sogar aus Überzeugung.

Nehmen wir z.B. die revolutionär tönende, scheinbar am System rüttelnde Forderung des Wahlbündnisses, die vermutlich die radikaleren unter den Sympathisant/innen zufrieden stellen soll: Übernahme von Betrieben in die öffentliche Hand. [III] Eine nähere Bestimmung, welche Betriebe von der öffentlichen Hand übernommen werden sollen, fehlt. Sind Betriebe gemeint die Profite erwirtschaftet haben? Oder sind es Werke, die geschlossen werden sollen? Sind es Firmen die Personal abbauen? Oder Unternehmen die Verschlechterungen für die Belegschaft

III. Friedrich Engels zum Problem des öffentlichen Eigentums:

„Das ist ja grade der wunde Punkt, dass, solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist ... Und um die

besitzenden Klassen vom Ruder zu verdrängen, brauchen wir zuerst eine Umwälzung in den Köpfen der Arbeitermassen ... Aber, das ist meine Ansicht, wirklich befreiende Schritte werden erst dann möglich, wenn die ökonomische Umwälzung die große Masse der Arbeiter zum Bewusstsein ihrer Lage gebracht und ihnen damit den Weg zur politischen Herrschaft gebahnt hat. Die andern Klassen können nur Flickwerk oder Scheinwerk machen.“

Engels an Max Oppenheim in Dresden, 24. März 1891; MEW 38, S. 64/65

planen? Die Leser/innen rätseln, um welche Betriebe es sich handeln könnte. Aber fragen sie sich nicht, wer oder was denn nun eigentlich die „öffentliche Hand“ ist? Die schlechte Realität beweist: es ist Herr Bartenstein & Co! **[III]**

Die Kritik der Linken richtet sich zurzeit immer wieder gegen das „neoliberale Wirtschaftsmodell“. Als dessen Ausdruck erscheinen ihr die negativen Folgen der „Globalisierung“. Je „radikaler“ die Linke sich dünkt, desto stärker betont sie in Übereinstimmung mit dem herrschenden Dogma, dass der Weg zurück zum „sozialen Ausgleich“ verrammelt sei. Der sogenannte sozialpartnerschaftliche Wohlfahrtsstaat werde den gesellschaftlichen „Sachzwängen“ geopfert. Die Herrschenden verbreiten die neoliberalistische Lehre im Sinne der Profitinteressen. Im Widerspruch dazu, fordert die Linke Reformen und „Umverteilung“. Sie erkennt nicht, dass „Sachzwänge“ nicht reformistisch, nur revolutionär zu beseitigen sind. Es kommt ihr nicht in den Sinn, dass nur der revolutionäre Kampf zum „Wohlfahrtsstaat“ zurückführen kann – und zwar als sozialdemokratischer Sand im revolutionären Getriebe, also als abermalige Schranke, nicht als Ziel. Nein, das Bündnis „Linke“ macht sich und den Seinen im Wahlkampf Hoffnung.

Da hätten aber manche Linke etwas missverstanden, wenn sie sich vom Wahlkampf irgendwelche Mobilisierungseffekte

erwarten würden. Und auch Engels würde vollkommen falsch interpretiert, würde man meinen, dass man aus dem Ergebnis der österreichischen Nationalratswahlen etwas herausrakeln könnte, dass das allgemeine Wahlrecht „Gradmesser der Reife“ sei und man vor und nach den Wahlen Wählerstromanalysen studieren müsse, um die „Reife der Arbeiterklasse“ zu erkennen. Engels sagt ja nicht, dass das allgemeine Wahlrecht an sich „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“ sei, sondern nur, dass es mehr nicht sein wird und kann. **[IV]** In ihrem Missverständnis mögen manche Linke durch das Engels-Zitat in Lenins Werk Staat und Revoluti-

IV. Der genaue Wortlaut des Engels-Zitates lautet: „Solange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigne Partei, wählt ihre eignen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 168

on noch bestärkt werden, weil Lenin in dem Zitat die vorangehende Bedingung, an die Engels seine Aussage knüpft, nicht mitzitiert. Für Engels ist das allgemeine Stimmrecht nämlich nur „so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“, so sie ihre eigenen Vertreter wählt. Davon aber ist eine sich „modern“ fühlende, der bürgerlichen Wechselwählermode ergebene Arbeiterklasse Lichtjahre

V.

„Nach Trotzki's Theorie widerspiegelt jede gewählte Versammlung ein für allemal nur die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne schritt. Die demokratische Körperschaft ist demnach stets das Spiegelbild der Masse vom Wahltermin, gleichsam wie der Herschel'sche Sternhimmel uns stets die Weltkörper nicht wie sie sind zeigt, da wir auf sie blicken, sondern wie sie im Moment der Versendung ihrer Lichtboten aus unermesslicher Weite zur Erde waren. Jeder lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einmal Gewählten und der Wählerschaft, jede dauernde Wechselwirkung zwischen beiden wird hier geleugnet.“

Luxemburg: *Zur russischen Revolution*, GW 4, S. 354

an. Und wahrscheinlich ist's, dass auch am Volksstimmfest zu vorgerückter Stunde und nach einigen Bechern Wein die eine oder andere private Wahlwette noch abgeschlossen wird.

Auch unabhängig von der Linken ist der Klassenkampf in Österreich derzeit sehr unausgereift, was wiederum manche Linke zur oberflächlichen Ansicht von dessen Nicht- oder eingeschränkter Existenz verführt. Darum erscheint ihr die neoliberale Doktrin den

VI. Auf Bert Brecht oder eine seiner Koautorinnen (pc lies: „BrechtInnen“) ist folgende wichtige, antithetische Entdeckung zurückzuführen, an die manchenfalls erinnert werden muss: „Der Regen fließt eben herunter und fließt eben nicht hinauf.“

VII. siehe <http://linkewaehlen.at/programm>;
16.08.2008

wirtschaftlichen „Sachzwängen“ gemäß als unumstößlich, und sie argumentiert immer mehr statt mit sachlichen – d. h. auch kämpferischen – Belegen mit verstärkter Moralität: Die Armen sollen reicher, die Reichen mit den Armen solidarischer, der Staat muss sozialer werden; von oben nach unten soll verteilt werden. **[VI]** Und abschließend bemerken sie: „...wir nennen das eine sozialistische Gesellschaft.“ **[VII]**

In ihrer Bündnispolitik orientiert sich die österreichische „Linke“ an Vorbildern aus den Europäischen Ländern. Dabei ist vor allem an Deutschlands „Die Linke“ zu denken. Die österreichische Abteilung kann aber weder auf eine Tradition à la PDS zurückblicken, noch hat sie ein elektorales Zugpferd von der Art eines Oskar Lafontaine. Bei den Wahlen im September nur einfach mehr Stimmen als die KPÖ zu bekommen, ist das Eingeständnis nichts wirklich bewegen zu können, sondern im „linken Spektrum“ eine Wechselwähler/innenschaft zu erzeugen. Deswegen warnt die KPÖ in ihrer Panik, dass es ja für ein linkes Wahlbündnis noch viel zu früh sei, sie selbst habe dies schon in früheren Wahlgängen bitter erfahren müssen.

In Wirklichkeit ist es natürlich längst zu spät für ein linkes Wahlbündnis. Wenn die Menschen dem Parlamentarismus keinen Glauben mehr schenken, kann man sich nicht als Wahlalternative präsentieren, dann muss man sich als echte Alternative erweisen. Das tut man am besten radikal. Man stellt sich also nicht aussichts- und perspektivlos zur bürgerlich demokratischen Nationalratswahl und bestätigt damit selbst noch die Legitimität der bürgerlichen Herrschaftsform, während man dann in „revolutionären“ Sonntagsreden das System kritisiert. Mit solcher Vorgangsweise wird man niemanden begeistern können und es wird daher auch nicht verwundern, wenn die Menschen, die man nicht zu gewinnen bereit ist, von den Rechtspopulist/innen und ihrer „antikapita-

entfernt, sodass das Engel'sche Diktum heute anders gelesen werden muss. Im österreichischen Fall heute ist das Niveau des Klassenkampfes daran abzulesen, dass eine Vielzahl der Menschen weiterhin bürgerliche Vertreter ins Parlament wählt, eine andere Vielzahl von den Wahlen nichts wissen will, aber auch nichts von politischem Dagegenstehn, und eine Minderzahl neuerlich auf sozialdemokratische Weichenstellungen zurückgreifen will ... und links davon gibt's **als Partei** nur die MLPÖ.

In so einer Situation der völligen Hörigkeit gegenüber dem Parlamentarismus hat auch Rosa Luxemburgs Polemik gegen Trotzki nur bedingt Gültigkeit, wobei nämlich das immer leblosere – nicht „lebendige“ – „Fluidum der Volksstimmung“ immer weniger – nicht „beständig“ – „die Vertretungskörperschaften umspült“. **[V]** Wahlprognosen erhalten, desto weniger sie realistisch voraussagen können, immer stärker den Charakter von Orakelsprüchen, Wettbüros bieten wettsüchtigen politischen „Kleinanlegern“, denen das große Geld für die Börse fehlt, via Internet ihre Dienste

listischen“ Phrasendrescherei berauscht sein werden. Natürlich können auch die Linken groß reden und sülzen, sie werden dafür aber allemal von der Rechten niedergebügelt. Besser führen sie, wären sie klar und offen:

Wir treten dafür ein, den Parlamentarismus mit dem Kapitalismus zu beseitigen und die Diktatur des Proletariats, eine wirkliche und wahrhafte Demokratie, zu erschaffen. [VIII]

Für die Errichtung einer Gesellschaft ohne Klassen. Habt Mut zum Träumen und macht eure Träume wahr! Wenn sie euch alles genommen haben werden, werden euch als Einziges die guten Träume geblieben sein. Es liegt an euch, wie weit ihr sie dann schon verwirklicht habt!

VIII. Karl Marx machte sich am Beispiel der Pariser Kommune folgende Gedanken zur Demokratie:

„Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit ... Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, dass Gesellschaften ebenso gut wie einzelne, in wirklichen Geschäftssachen gewöhnlich den rechten Mann zu finden und, falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gutzumachen wissen. Andererseits aber konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.“

Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW 17, S. 339/340

**Man kann Kapitalismus nicht abwählen.
Man kann den Staat nicht abwählen.
Man kann Faschismus nicht abwählen.**

**Man kann Emazipation nicht wählen.
Man kann Gerechtigkeit nicht wählen.
Man kann Freiheit nicht wählen.**



Nicolas Régnier: Pandora

**Nur die allerdümmsten Kälber
wählen ihre Metzger selber!
Selbstorganisation statt Parlamentarismus!
Aktiver Wahlboykott!
Stört den Staat in seinem Trott!
Nehmt ihm seine Rechtlichkeit!
Wählen ist eitle Nichtigkeit.**

Bir tarafta seçim için palavra atan



bunlar

ve diğer burjuva politikacıları

Diğer yanda ekmek mücadelesi verenler

Yüzyıllar boyunca burjuva bilginleri, politikacıları, hukukçuları, sanatçıları, papazları, edebiyatçıları –baskı ve sömürü sistemini sağlamlaştırmaya yarayan– işçilere emekçilere yalan üzerine yalan anlattılar. Kärnten yöresinin eyalet başkanı Jörg Haider ise yıllardır Kärnten’de etnik temizlik yapmak için elinden geleni yapmakta ve hatta kendi devlet yapısının çıkardığı kanunları bile hiçe saymakta. Bunun en açık örneği –Sloven azınlığının üzerindeki her türlü baskının yanında– birinci aydan beri ilticacılar üzerinde estirdiği terörde görülmekte. Son günlerde Villach’dan çoğunluğu Çeçen kökenli ilticacıları (bunların aralarında çocuk da var) “ağır ceza alması gerektiren suçlar işledikleri için” Kärnten eyaletinden atılmaları için apar topar otobüse bindirilerek sürgün edilme girişimini iç işleri bakanı el koyarak durdurdu. 29.7.2008 tarihinde bu sefer başka yöntem uygulandı. İlticacıları polis arabasıyla sürgün etmeye kalkıştı. Haider’in ilticacılarla yapıştırmaya çalıştığı “suçlu” etiketi fazla tutmadı. Bunların hepsi ırkçı zihniyetin sonucudur. Diğer yandan seçim zamanı yaklaştığı için, yine en



Wahlkampfstage sind Juli-zeit für die Politik und die Parteien feiern Rauhacht. Als Tolljäger erwies sich heuer wieder Jörg Haider und ließ sechs Asylanten aus dem „freundlichen Urlaubsland“ Kärnten deportieren (weitere sollen folgen). Damit war die Wilde Jagd eröffnet. Sofort machte sich Maria Fekter erbötig als Habergeiß zu wirken und prophezeite den Asylant/innen ein weit grausameres Schicksal. Sie droht mit beschleunigten Asylverfahren. Damit aber wird das Gemecker, Gerassel, das Johlen und Schreien gegen Asylant/innen oder auch Migrant/innen im Allgemeinen sicher noch nicht leiser werden. Viele Perchten werden bis 28. September groß-medial durch Österreich geistern wollen. Der demokratische Wahlkampf, für Österreicher/innen ein Gschnas, kann für die migrantische Bevölkerung ein wahrer Schrecken werden.

azından nereden ırkçı Avusturyalıların sempatisini kazanabilirim diye gece gündüz düşündükten sonra, dönüp dolaşıp en fakir olan ve en korumasız olan insanları seçti. Bunlar bu sefer ilticacılarıdır.

Seçimler yaklaştıkça burjuva partileri palavra üzerine palavra atmaktalar. Bu palavralardan biride yüzde atmışın üzerinde ırkçı olan Avusturyalılarından seçmen kazanabilmek için göçmen ve ilticacıların üzerine atılan palavralardır. Diğer yandan insanların bu burjuva sisteminde yaşaması için paraları olmak zorunda dır. Eğer parası olmayan biri varsa o da köprü altında yaşamak zorunda ve karnını doyurmak için çeşitli yollara baş vurmak zorundadır. Kimse gönüllü olarak acından ölmez. Sen bu bildiriye okuyan kişi olarak her neden den olursa olsun elinden tüm imkanlar alınmışsa ve açlıktan ölmek veya başka olanakları araman gerektiğinde ne yaparsın?

Aslında tüm gazetelerdeki hangi neden den olursa olsun bu ülkeye getirilen, gelmek zorunda bırakılan göçmenler hakkında yazılan yalanlara cevap verilebilecek durumdadır.

Diyelim ki şu it suratlı herif haklı, ilticacılar çeşitli ihtiyaçlarını karşılamak için kaçak çalışmak zorunda kalıyorlar. Kim bunları kaçak çalışmak zorunda bırakıyor? Faşistler (BZÖ-FPÖ ve diğer küçük uzantıları) bir sene işsiz olan bir yabancının yurt dışı edilebileceğini ve bunlar iktidara geldiğinde yurtdışı edeceklerini söylemekte. Peki bu it oğlu itler yıllardır başka ülkelerden gelen göçmen işçilerin ödedikleri vergileri nasıl harcadıklarının hesabını ve nasıl harcayacaklarını ne zaman başka ülkelere gelen göçmenlere sordular? Somut olarak şu it suratlı herife soralım; Kärnten de başka ülkelere gelen işçiler on yıllardır vergi ödemekte ve bunların ödediği verginin miktarının ne kadar olduğunu ve nerelelere harcadığını ne zaman açıkladın it oğlu it? Veya garajında yatan Porşe arabalarının parasının kaçta kaçını kaçak çalıştırdığın ilticacı işçilerin haklarından gasp edip aktardın? Buruşuk suratlı karı kaç sefer küçük çocuğu doyurmak için ekmek zorunda kaldın? Kaç sefer kaçak çalıştın? Bırakalım kaçak çalışmayı kaç sefer esnek çalıştın Bunu belgeleyebilir mi sin? Bu soruların cevapları açıktır. Çünkü onlar bizim gibi geçine bilmek için emeklerini satmak zorunda değiller. Onlar bir yol tutturmuş gidiyorlar. Önemli olan bizim çalışmakta olan veya işsiz kalmak zorunda olan insanlarımızın bunların palavralarına kanması.

Sorulardan diğeri ise yabancı işçilerin geldikleri ülkelerde buraların cennet olduğunun lobisini bir ineği bile olmayan Afrika'nın çölündeki bir siyah mı yapıyor? Yoksa sizin adamlarınız mı yapıyor? Hangi Afrika ülkesinin "Barış Askerleri" Avusturya da? Neden başka ülkelerin "Barış Askerleri" Kärnten de değil? Avusturya da yıllardır vergisini ödeyen işçinin Bir Avusturya iti kadar, değeri bile yok. Mesela neden itler sokaklara ettikleri için, neden itler kediler işçileri ısırıkları için yurtdışı edilmiyor? Çünkü Avusturya da "yabancı düşmanlığı" yapanlar yalnızca insanlara düşmandır ve evet onlar it dostu oldukları için insanlardan daha fazla itlere değer vermekteler. İtlere değer verildiği şundan dolayı çok açık; Daha doğru dürüst konuşamayan ilticacı ailenin çocuğunun yarın bir gün "hırsız" olacağını tespitini şimdiden yapabilmekteler. İşlerine geldi mi de, yani burjuva politikasının "bazı çanak yalayıcısı" durumuna gelen göçmenleri ise, medyalarında nasıl entegre olduğunun propagandasını

yapmaktalar. Diğer yandan yıllardır sade vatan-daş şeklinde çalışıp evine ekmek götürme peşinde olan ve devlete her türlü vergisini ödeyen, en kötü evlerde oturmak zorunda bırakılan bazı işçiler ise yalnızca baş örtüsünden dolayı entegre olamayanlar listesine alınmakta.

Aslında burada yıllardır yaşan işçilerin birlikte sorunları dururken, burjuva partilerinin tümü iktidara nasıl gelebileceklerinin hesaplarını yapmakta. Bu doğrultuda da hemen hemen tüm burjuva partileri göçmen işçilerle karşı yerli işçileri kışkırtma, yerli işçilerin gözlerinin açılması için her gün sayfalar dolusu "yabancıların tüm kötülükten sorumlu" olduğu üzerine yazılar yazılmakta. Oysa bir yerli "Helmut Elsner" 1,72 milyar € çarçur etmesine rağmen yıllardır çeşitli nedenlerden hüküm kararı verilememekte, neden onun gibileri sürülmemekte? Böylelerinin yaptığı ağır ceza alması gerektiren suçlar kapsamına girmez bu devlet sisteminde. Çünkü onların mutlaka bir devlet kademesinde "dayıları var"dır. İşçilerin emekçilerin böyle "dayıları" olmadığı için meseleyi kendi ellerine almaları gerekmekte. İşçiler emekçiler "dayılar"ın olmadığı bir devlet sistemini kurması içinde bu burjuva sistemini Bolşevik bir parti önderliğinde yıkması gerekiyor. Gün tüm burjuva politikacılarının yalanlarına rağmen, siyah beyaz ten rengin hangi renkten olursa olsun, eğer geçinmek için emek gücünü satmak zorunda olanların en azından sınıf bilinçlilerinin yeni bir çatı altında örgütlenmesi gerekiyor. Bu örgütlenmenin temellerini şimdiden atılması gerekiyor.

Biz KomAk-ml bu temelde çalışmaya başladık bile. Senin de bu örgütlenmede şimdiden yerini alman gerek!

Tüm gericiliğe, ve her türden burjuva entrikacılığına karşı cepheden mücadele-hemen şimdi!

Biz hep şunu dedik, susma sustukça sıra sana da gelecek!

Temmuz 2008